

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

November 2012
17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

CDU stärkt das Ehrenamt Robert-Mayer-Briefmarke für 2014

Ohne gemeinnützige Arbeit würde bei der Freizeitbeschäftigung wenig von statten gehen – egal ob Fußballtrainer, Kassierer oder ein Platzwart, ohne den Einsatz von engagierten Menschen wären viele Hobbies nicht denkbar. Vor allem aber sichern unsere ehrenamtlichen Helfer bei Feuerwehr, Rettungsdienst und THW unsere Gesundheit und unsere Infrastruktur. Ehrenamtlich Engagierte verdienen Anerkennung und Unterstützung, denn sie fördern das Gemeinwohl und übernehmen besondere Verantwortung. Die Union begünstigt ehrenamtlich Engagierte nun deutlich.

„Die Verbesserungen waren absolut notwendig. Ich erlebe Tag für Tag engagierte Menschen, die sich für Andere einsetzen und sich in unserem Gemeinwesen einbringen. Dieses bürgerliche Engagement soll gerade auch angesichts des demographischen Wandels unterstützt werden, denn es fördert den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“ so Thomas Strobl.

Das Gesetzes, das diese Woche beraten wurde, wird am 1. Januar 2013 in Kraft treten und folgende Punkte beinhalten:

- *Durch die Anhebung der Übungsleiterpauschale von 2.100 Euro auf 2.400 Euro und der Ehrenamtpauschale von 500 Euro auf 720 Euro werden Ehrenamtliche steuerlich entlastet.*
- *Ihre zivilrechtliche Haftung etwa für Schäden oder Verletzungen wird begrenzt.*
- *Die Umsatzgrenze von Veranstaltungen eines Sportvereins wird von 35.000 Euro auf 45.000 Euro angehoben. Bei kleineren Veranstaltungen entfällt die Pflicht, die Ausgaben detailliert dem steuerpflichtigen bzw. dem steuerfreien Bereich zuzuordnen.*
- *Weiterhin wird gemeinnützigen Organisationen mehr Planungs- und Rechtssicherheit gegeben, indem sie ihre Mittel zukünftig nicht mehr innerhalb eines Jahres verwenden müssen, sondern auf zwei Jahre hinaus verplanen können. Auch Rücklagen für größere Anschaffungen können künftig leichter gebildet werden.*

Größte Kommunal-Entlastung der Geschichte

Die Bundesregierung hat 2011 zugesagt, die Kommunen deutlich stärker als bisher finanziell zu unterstützen und zu entlasten. Und sie hält Wort: Ab dem Jahr 2014 übernimmt der Bund die vollen Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Neuregelung der Grundsicherung ist der letzte Schritt hin zur Erfüllung der Zusage der Regierungskoalition, die Kommunen bis 2020 von Kosten in Höhe von ca. 50 Milliarden Euro zu befreien. Dies ist die größte Kommunalentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik! „Für die Union ist die Handlungsfähigkeit der Kommunen eine Herzensangelegenheit. Wir wissen um die Sorgen vor Ort. Es macht eben einen Unterschied, ob das Land christlich-liberal oder von zentralistischen und weniger kommunalfreundlichen Kräften geführt wird“, so Thomas Strobl, der sich auch als Mitglied des Heilbronner Gemeinderats sehr über die neuen finanziellen Spielräume der Kommunen freut.



Im Heilbronner historischen Rathaus freut man sich sicher auch über die kommunalfreundliche Politik aus Berlin, für die sich der Heilbronner Bundestagsabgeordnete und Stadtrat engagiert und erfolgreich einsetzte.

Kita-Ausbau und Betreuungsgeld – Freie Wahl für junge Eltern

Zum 1. August 2013 greifen die jüngsten Maßnahmen der Regierungskoalition zur Förderung junger Familien: Für jedes Kind unter drei Jahren soll ein Platz in der Kindertagesstätte zur Verfügung stehen.

Alle Eltern, die ihr Kind aber lieber zuhause erziehen möchten, erhalten dafür eine finanzielle Anerkennung.

Diese beträgt zunächst 100 Euro monatlich, ab dem 1. August 2014 werden 150 Euro im Monat gezahlt. Bei der Verwendung der Mittel haben die Eltern nun die Wahl: Wer das Betreuungsgeld nicht aufs Konto bekommen möchte, kann das Geld alternativ auch zur privaten Altersvorsorge nutzen oder es für die Ausbildung seiner Kindern anlegen. Eltern, die eine der beiden Möglichkeiten in Anspruch nehmen, erhalten einen zusätzlichen Bonus von 15 Euro im Monat. Zeitgleich zu diesen neuen Entwicklungen beteiligt sich der Bund mit weiteren 580 Millionen Euro am Kita-Ausbau.

„Ich bin nicht der Erfinder des Betreuungsgeldes. Nun bin ich aber sehr zufrieden, dass wir Wahlmöglichkeiten für die Nutzung etwa zur privaten Altersvorsorge oder für die Bildung der Kinder integriert haben und die Unterstützung von den jungen Familien nun vollkommen individuell eingesetzt werden kann. Für diese Wahlfreiheit habe ich mich hartnäckig eingesetzt. Da sie nun im Gesetz steht, konnte ich im Bundestag zustimmen“, erklärt Thomas Strobl nach der Abstimmung am Freitag.

Heilbronn erfolgreich mit Sonderbriefmarke

Aus Anlass des 200. Geburtstages von Robert Mayer bemühten sich der Oberbürgermeister von Heilbronn, Helmut Himmelsbach, und der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Thomas Strobl um die Herausgabe einer Sonderbriefmarke zu Ehren des Jubilars. Beide wandten sich an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Thomas Strobl schrieb darüber hinaus die vierzehn unabhängigen Experten im sog. Programmbeirat des Bundesministeriums der Finanzen an, die über die Sonderbriefmarken entscheiden. Weiterhin führte der Heilbronner Strobl zahlreiche Gespräche mit seinen Abgeordneten-Kollegen im Programmbeirat und mit Mitarbeitern des Finanzministeriums.

Jährlich werden viele hundert Vorschläge für Briefmarken eingereicht. Für 2014 wurde nun die Briefmarke zu Ehren von Robert Mayer ausgewählt. „Er war ein bedeutender Wissenschaftler und der größte Sohn der Stadt Heilbronn. Noch heute ist er dort etwa durch das Robert-Mayer-Gymnasium und das Denkmal auf dem Heilbronner Marktplatz präsent“, erklärt Thomas Strobl.

Mit dem Oberbürgermeister und dem Abgeordneten freuen sich viele Bürgerinnen und Bürger über diese Entscheidung des Beirates



und begrüßen die besondere Ehrung des namhaften Wissenschaftlers zum Jubiläumsjahr.

Robert Mayer:
Physiker und Sohn
Heilbronns. (Quelle: Stadt Heilbronn)

Erkenntnis der „rechten“ Gefahr jährt sich

Die Entdeckung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ im November 2011 war längst überfällig und zugleich sehr schockierend. Trotz Auseinandersetzungen zwischen meist jugendlichen Anhängern des Rechts- oder Linksextremismus in den letzten Jahren, war das Bestehen einer rechtsradikalen Terrorgruppe für den Großteil der deutschen Bevölkerung unvorstellbar. Doch der Terror und der aufkeimende Neonationalsozialismus sind real, vor allem für die Opfer und die Angehörigen der Ermordeten. Ob der „Zwickauer Terrorzelle“ auch der Heilbronner Polizisten-Mord im Sommer 2007 zuzuschreiben ist, ist noch nicht vollständig geklärt. Hinweise und Indizien liegen der Sonderkommission vor und werden weiter verfolgt.

Infolgedessen entstand große Kritik an den deutschen Sicherheitsbehörden und deren Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg. Polizei und Verfassungsschutz wurde vorgeworfen, Hinweise ignoriert, Akten vernichtet und das „rechte“ Auge zugeedrückt zu haben. Um etwaige Versäumnisse zu prüfen, zu erkennen und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen, wurde vom Deutschen Bundestag ein Untersuchungsausschuss gegründet, welcher den Fall seit neun Monaten detailliert aufarbeitet. Dieser Ausschuss zeichne sich dadurch aus, dass das klassische Rollenspiel von Opposition auf der einen und Regierung auf der anderen Seite nicht praktiziert werde, erläutert Clemens Binninger, Sprecher der CDU im Ausschuss.

Man dürfe auch nicht nur den Weg der Anschuldigung gehen, so der Heilbronner Abgeordnete Thomas Strobl. Eine Skandalisierung der Arbeit des Verfassungsschutzes bringe momentan keinen konstruktiven Fortschritt. So manche Verbesserungen wurden schon in

die Wege geleitet: Seit Anfang des Jahres gibt es ein länderübergreifendes „Abwehrzentrum Rechts“ und die „Rechtsextremistendatei“. Letztlich ist der Kampf gegen den Rechtsextremismus auch nicht mit einem Verbot der NPD zu gewinnen, sondern vielmehr durch Geduld und den tiefgreifenden Zusammenhalt der Bevölkerung gegen rechten und jegliche andere Art von Extremismus.



Die Mitglieder des NSU-Untersuchungsausschusses wälzen hunderte Aktenordner aus den Ämtern und Ministerien (Quelle: Deutscher Bundestag).

Die Bahn macht mobil

Am Montag traf sich die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Rüdiger Grube, und dessen Stellvertreter, Georg Brunnhuber, zu Gesprächen im Berliner Bahntower.



Der Vorsitzende der Landesgruppe Thomas Strobl wird von seinem Vorgänger im Amt Georg Brunnhuber und Bahn-Chef Rüdiger Grube, der die Einladung ausgesprochen hatte (z.v.r.), empfangen. Mit dabei war auch der neue Oberbürgermeister der Stadt Konstanz, Uli Burchardt, der als CDU-Mitglied nach 16 Jahren den grünen Amtsinhaber ablöste (z.v.l.).

v.i.S.d.P.: **Antonia Ritter**, Büroleiterin
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
Dieser Newsletter lässt sich jederzeit mit einer kurzen E-Mail an thomas.strobl@bundestag.de abbestellen.